

Bürgermeister Holberg und Stadtkämmerer Knabe nehmen zur aktuellen Situation der Stadt Bergneustadt sowie dem Haushaltsplanentwurf 2016 Stellung. Die Reden des Bürgermeisters sowie des Kämmers sind dem Protokollbuch des Rates als Anlagen Nrn. 940 und 941 beigefügt.

Der Bürgermeister leitet den Haushaltsplanentwurf 2016 gem § 80 Abs. 2 GO NRW dem Rat zu. Er wird mit Anlagen zur Vorberatung in die Fachausschüsse verwiesen.

Stv. Schulte erklärt, dass sich alle Ratsmitglieder darüber im Klaren sind, dass die Verwaltung angehalten sei, ein gesetzkonformes Zahlenwerk vorzulegen. Da aber der durch das Stärkungspaktgesetz geforderte Haushaltsausgleich nicht wie bisher angenommen, mit dem geplanten Grundsteuerhebesatz von 1.255 % Punkten erzielt werden könne, sei eine nochmalige Erhöhung des Hebesatzes notwendig. Mit dieser erneuten Steigerung auf 1.465 % Punkte sei die Grenze des Zumutbaren mehr als überschritten. Aus diesem Grund richte er die Bitte an alle Ratsfraktionen, hier im politischen Schulterschluss vorzugehen, um eine Entscheidung über den vorgelegten Haushaltsplanentwurf zu erzielen.

Stv. Pütz schließt sich den Worten seines Vorredners an. Er weist darauf hin, dass in den Beratungen im Jahr 2012 bereits deutlich geworden sei, dass eine Erhöhung wie sie jetzt erfolge, abgelehnt werden müsse. Daher appelliere er an alle Fraktionen, sich einer ablehnenden Haltung anzuschließen.

Stv. Stamm bittet StK Knabe um Auskunft, ob die auf S. 288 dargestellte Verringerung der Verbindlichkeiten von 88,9 auf 86,3 Millionen Euro richtig sei.

StK Knabe teilt daraufhin mit, dass diese Zahl korrekt sei. Aufgrund einer weiteren Nachfrage betr. der Nettoneuerschuldung des Stv. Stamm weist er darauf hin, dass sich die Tilgung von Krediten lediglich auf den Finanzplan auswirke, nicht auf den Ergebnisplan.

Stv. Hoene erklärt, dass das vorgelegte Zahlenwerk mehr als unglücklich sei. Es entstehe der Eindruck, dass hier dem Rat ein Stück weit die Hände gebunden seien, da die Steuerspirale nach oben kein Ende zu nehmen scheine. Dass die Politik hier einen Konsens finden müsse, sei unstrittig. Man müsse sich bewusst machen, dass das ablehnende Verhalten des Rates Konsequenzen habe, evtl. der Einsatz des Sparkommissars. Stv. Hoene macht nochmals deutlich, dass der Rat die 1.465 % Punkte nicht verhindern könne. Dies sei eine Ungerechtigkeit, gegen die der Rat wenig ausrichten könne.

Stv. Lenz teilt mit, dass der Rat nichts an den Tatsachen ändern könne und auch nichts an der Höhe des Grundsteuerhebesatzes, der auf die Bergneustädter im nächsten Jahr zukomme. Er bittet die übrigen Ratsmitglieder zu überdenken, was passiere, wenn der Sparkommissar in Bergneustadt eingesetzt werde und gibt zu bedenken, dass in diesem Fall die Eigenverantwortung des Bürgermeisters sowie des Rates eingeschränkt bzw. abgeschafft werde.